

Checkliste: 5.1.1 Maßnahmen zur Sicherung, zum Ausbau und zur Weiterentwicklung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen

Handlungsfeld	BILDUNG
Regionales Ziel	HF 5 Sicherung und Weiterentwicklung der Bildungs- und Informationsangebote
Maßnahme-schwerpunkt	5.1 Erhalt und Weiterentwicklung von frühkindlicher und schulischer Bildung und Betreuung (Kita, Schulen, schulische Sportstätten, Außenanlagen, Horteinrichtungen)
Maßnahme	5.1.1 Maßnahmen zur Sicherung, Ausbau und Weiterentwicklung von Bildungs- und Betreuungseinrichtungen
Indikator	Anzahl Vorhaben
Zielzustand 2027	5
Antragsberechtigte	Kommunen, Vereine/LAG/Sonstige
Zuschuss in %, max. Förderhöhe	65 %, max. 150.000 €
Vorrangförderung	Kommunen über Fachförderungen, z. B. schulische Infrastruktur und KITA-Bau
Maßnahmeinhalt	<p>Folgende investive Maßnahmen und Vorhaben sollen unter diesem Maßnahme-schwerpunkt mit LEADER-Mitteln unterstützt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sanierung und Ausbau sowie Anpassungsmaßnahmen an aktuelle bauliche und energetische Standards von Kitas, Schulen, schulischen Sportstätten (soweit sie auch dem Breitensport zur Verfügung stehen), Außenanlagen, Horteinrichtungen - Für den Ausbau der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sind vorrangig Fachförderprogramme in Anspruch zu nehmen. Bei Investitionen in bisher nicht für Bildungszwecke genutzte Einrichtungen ist eine plausible Darstellung des Bildungsansatzes durch ein Konzept zum Projektantrag vorzulegen - Es sind vorrangig Fachförderprogramme, z. B. Schulische Infrastruktur, VwV Kita Bau oder Förderrichtlinie Klimaschutz Anspruch zu nehmen - Nicht förderfähig sind berufsbildende Schulen
Notwendige Unterlagen, Erklärungen und Nachweise	
<ul style="list-style-type: none"> - Formular Projektantrag - Formular Vorhabenbeschreibung - Bei Privaten, Vereinen und Sonstigen: Vorlage einer Finanzplanung, der Nachweis der Finanzierbarkeit kann z.B. durch Kontoauszüge, Kreditzusagen oder Eigenerklärung zur Finanzierung einschl. der vollständigen Vorfinanzierung erfolgen - Vorlage der Verfügungsberechtigung über das Grundstück/die Immobilie, z. B. Eigentumsnachweis oder Erbbaupacht - Vorlage von aussagekräftigen Plänen und Skizzen einschl. Lageplan und Fotos vom Ist-Zustand zum Vorhaben - Soweit erforderlich: denkmalschutzrechtliche Genehmigung, Baugenehmigung o. ä. - Kostenberechnung nach DIN 276, Kostenvoranschläge von Handwerkern oder Vergleichbares - Erklärung, dass baukulturelle Vorgaben eingehalten werden (s. a. Hinweise zu investiven Vorhaben) - Bei Investitionen in bisher nicht für Bildungszwecke genutzte Einrichtungen ist eine plausible Darstellung des Bildungsansatzes durch ein Konzept zum Projektantrag vorzulegen 	

Allgemeine Hinweise

- Im Rahmen des Rankings kann nur bewertet werden, was anhand vorliegender einschlägiger Unterlagen belegt wird!
- Bis spätestens zum Stichtag der Projektantragstellung bei der Region sind oben genannte Nachweise und Erklärungen soweit zutreffend vollständig zusammen mit dem Projektantrag einzureichen.
- Der Projektantrag ist inkl. aller Anlagen sowohl in Papierform (im Original unterschrieben) als auch digital einzureichen.
- Die Vorhabenbeschreibung ist zusätzlich in digitaler Form ohne Unterschrift im .docx-Format zur Verfügung zu stellen.
- Sämtliche Erklärungen können auch in einem Dokument zusammengefasst werden und sind mit Unterschrift und Datum zu bestätigen.

Hinweise zu investiven Vorhaben

Beachtung der Baukulturvorgaben

Bauliche Vorhaben, auch Rückbaumaßnahmen, sollen sich an der Erhaltung und Entwicklung der regionalen Baukultur und Siedlungsstruktur orientieren. Dabei sollen entweder historische Elemente erhalten oder wiederhergestellt werden oder es soll eine Neugestaltung in Anlehnung an die historische Material- u. Formensprache erfolgen bzw. korrespondierend dazu stehen (siehe Merkblatt Baukultur)

„Einheitskosten Gebäude“

Wenn bei Um- oder Wiedernutzung von beheizbaren Gebäuden Leistungen von mindestens 12 Gewerken in Anspruch genommen werden, erfolgt die Zuschussung auf der Grundlage von „Einheitskosten Gebäude“. Dazu ist durch den Bauvorlageberechtigten (planender Architekt/Ingenieur) eine Berechnung der Nettoraumfläche, die Bestandteil der Fördermaßnahme ist, einzureichen. Die ermittelte Fläche in m² wird mit einem Einheitskostenbetrag von 1.856 Euro brutto bzw. 1.560 Euro netto multipliziert und ergibt die zuwendungsfähigen Kosten, auf deren Grundlage der Förderzuschuss berechnet wird. Hinweis zu Vorgehensweise im Fall der Relevanz von „Einheitskosten Gebäude“: Aufgrund der Tatsache, dass seitens des zuständigen Staatsministeriums für Regionalentwicklung (SMR) für die Förderperiode 2023-2027 noch nicht alle notwendigen Vordrucke zum Sachverhalt „Einheitskosten Gebäude“ vorliegen, bitten wir vor Zusammenstellung und Einreichung der Unterlagenmappe gemäß vorliegender Checkliste um Kontaktaufnahme mit dem Regionalmanagement der LAG Schönburger Land.